

Wasserkraft
 Die Wasserkraft der Elbe bei
 Dresden ist die wichtigste in
 Deutschland. Die Wasserkraft
 der Elbe bei Dresden ist die
 wichtigste in Deutschland. Die
 Wasserkraft der Elbe bei
 Dresden ist die wichtigste in
 Deutschland. Die Wasserkraft
 der Elbe bei Dresden ist die
 wichtigste in Deutschland.

Dresdner Nachrichten

Meyer's mollige Schlafrocke u. Hausjoppen.
 Beste, neueste Auswahl.
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. nur 7.

Simon's Annon-Kof
 Dresden
 (am Centrum der Stadt)
 Vorzügliches
Mittelstands-Hotel
 für Geschäfts- u. Reise-
 Vergnügungs-Familien und Touristen.
Mässige Preise.
 Gutes Restaurant
 Nur echte Biere.

C. A. Götz, Papierhandlung,
 Löbtau, Wilsdrufferstrasse No. 4.
 Annahme von Inseraten und Abonnements für die
 „Dresdner Nachrichten.“

Kindermilch nach Prof. Dr. Backhaus
 ist der beste Ersatz für
Muttermilch.

Arndt's Kurhaus, Klotzsch-
 hält seinen bis 600 Personen fassenden
Concert- u. Gesellschaftssaal
 zu den günstigsten Bedingungen zur Verfügung.

Nerven-Leiden
 jeder Art, sowie Rheumatis, Biehl-
 sucht, Schwächezustände werden
 schnell gebessert und gründlich
 beseitigt durch die berühmten
Sanitätsrath Dr. Nagel's Nervenpillen.
 pr. Schachtel 1,50 Mk.

Königl. Salomonis-Apotheke
 Dresden, Neumarkt 8 u. Landhausstrasse.

Donnerstag, 1. Februar 1900.

Für die Monate
Februar und März
 werden Bezugsbestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ für
 Dresden und die Vororte Blasewitz, Plauen und Löbtau
 bei der Haupt-Geschäftsstelle, Marienstrasse 38, und allen
 Neben-Annahmestellen zum Preise von
1 Mk. 70 Pfg.,
 für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen
 Reichsgebiete zu 1 Mk. 84 Pfg., in Oesterreich-Ungarn zu
 1 Gulden 60 Kreuzern angenommen.

Der Reichsgesetzentwurf über die Fleischbeschau im Landtag.

Die Verhandlungen der Zweiten Kammer über die Interpellation Löbner und Genossen in Sachen des Reichsgesetzentwurfs über die Fleischbeschau haben den Eindruck einer in der Form ebenso maßvollen, wie in der Sache nachdrücklichen und zielbewußten Kundgebung für den Schutz der nationalen Arbeit überhaupt hinterlassen und werden deshalb weit über die sächsischen Landesgrenzen hinaus lebhaften Widerhall erwecken. Während der Begründer der Interpellation sich auf den unmittelbaren Gegenstand der Debatte bei seinen Ausführungen beschränkte, griffen die folgenden Redner auch die weitergehenden wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte auf, die in die Angelegenheit hineinspielen, und so gestaltete sich schließlich die Debatte zu einem weitläufigen Vorkampfe für die Hauptentscheidung, die im Reichstage über die Neuordnung unserer Handelsbeziehungen zum Auslande fallen wird. Ueber die grundlegenden Fragen auf diesem Gebiete beauftragten die Vertreter der Industrie sowohl wie der Landwirtschaft eine hochherzige Uebereinstimmung, entsprechend dem nationalen Selbstbewußtsein, das sich hier in Sachen der Ordnungspolitik schon so oft glänzend bewährt und die besten Früchte gezeitigt hat. Wenn die ausschlaggebenden Reichstagsverhandlungen sich seiner Zeit auch nur annähernd in ähnlichen Bahnen bewegen, so bräunt den Freunden der nationalen Arbeit um einen kraftvollen Schutz der deutschen Produktions- und Handelsinteressen gegenüber dem Auslande nach Ablauf der bestehenden Handelsverträge nicht lange zu sein.

Soweit der Reichsgesetzentwurf über die Fleischbeschau im engeren Sinne in Frage kommt, wurde von den Interpellanten im Uebereinstimmung mit den folgenden Rednern scharf betont, daß hier von einem „agrarischen“ Interesse, wie die Radikalen und Sozialdemokraten zu behaupten belieben — auch der Abg. Probst sagte mangels anderer geistlicher Einfälle dieses abgeleitete demokratische Sprüchlein her — absolut keine Rede sein könne. Es handelt sich ganz einfach um das hohe allgemeine Volkswohl der Gesundheit, die durch die unkontrollierte Einfuhr fremden, insbesondere amerikanischen Fleisches mit ganz erheblichen Gefahren bedroht wird. Für die Gesundheitsbeschaffenheit der amerikanischen Fleischwaren brachte der Interpellant ein völlig überzeugendes statistisches Material bei; überdies ist Jedem, der sich einmal die Mühe genommen hat, denartige Fleischfabrikate einer Kostprobe zu unterwerfen, der zum Theil geradezu ekelhafte Charakter dieser sog. „Genusmittel“ aus eigener Erfahrung bekannt. Weil amerikanisches Büchsenfleisch einen Geruch ausströmte wie präparierte Leichen in der Anatomie, mußte der amerikanische General Miles im spanischen Kriege auf Cuba ganze Jüder davon auf den Rehricht werfen! Wenn die amerikanischen Großhändler schon so gegenüber ihren eigenen Landsleuten verfahren, werden sie dann uns Deutsche gewissenhafter bedienen? Wer das glaubt, dem ist in der That nicht zu helfen; er soll aber dann gefälligst die Hand von all' den Dingen lassen, die sich auf den Schutz der nationalen Arbeit beziehen.

Epochen die mangelhafte Beschaffenheit der amerikanischen Fleischwaren offenkundig ist, will der Reichsgesetzentwurf über die Fleischbeschau den Siler nicht bei den Hörnern packen, sondern ertheilt dem Bundesrath allerlei distinktionäre Befugnisse gegenüber der Einfuhr ausländischen Fleisches, die unter Umständen sogar die gänzliche Befreiung von der Untersuchung gestatten. Das versteht man wohl. Auch wenn man auf dem grundsätzlichen Standpunkt steht, daß zur Zeit die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage ist, den Eigenbedarf des deutschen Volkes an Fleisch zu decken, so wird man doch die fremde Fleischfabrikation nicht auf Kosten der allgemeinen nationalen Gesundheit auf Anlaß und Fall begünstigen dürfen. Es giebt in dieser Beziehung ein gewisses Mindestmaß von Schutzforderungen, unter das keinesfalls hinuntergegangen werden darf, von dem sich im öffentlichen Wohlschutzinteresse durchaus nichts abhandeln läßt. Dieses Mindestmaß besteht darin, daß das ausländische Fleisch ebenso wie das inländische einer doppelten Untersuchung unterzogen wird, nämlich sowohl im rohen wie im verarbeiteten Zustande; darüber, daß die bloß einmalige Unter-

suchung im verarbeiteten Zustande keineswegs zuverlässige Gewähr bietet, sind alle sachverständigen Kreise völlig einig. Die Ueberzeugung von der elementaren Notwendigkeit eines derartigen Schutzes vorzuzugeln so tief im Volksgewissen und der Rhythmus über die schädliche Haltung des Reichsgesetzentwurfs ist so lebhaft, daß man es wohl verzieht, wenn der Begründer der Interpellation jenen Entwurf geradezu als einen „Schlag ins Gesicht gegenüber der deutschen Produktion“ bezeichnet.

Für die sachliche Berechtigung des Standpunktes der Interpellanten konnte nicht bederter sprechen als die Haltung der sächsischen Staatsregierung, wie sie durch den Herrn Minister von Weich zum Ausdruck gebracht wurde. Der Herr Minister befand sich unversehens in einer mit manchen Beiläufigkeiten versehenen Zwangslage angesichts des in der Interpellation gegebenen Hinweises auf die im vorigen Landtage erfolgte Erklärung, daß die Staatsregierung für Beschaffung einer größeren Garantie bezüglich der Kontrolle des von auswärts eingeführten Fleisches eintreten müsse. Wenn der Herr Minister erklärte, daß die Regierung damals nicht unter dem Eindruck eines signifikanten Reichsgesetzes gestanden habe, so begriffen sich angesichts der jetzigen veränderten Sachlage ohne Weiteres die Schwierigkeiten, die einer unversäulierten Aussprache seitens der sächsischen Regierung entgegensteht. Um so dankbarer verdient es anerkannt zu werden, daß Herr von Weich trotzdem durchaus kein Blatt vor den Mund nahm, sondern, nach einigen formblenden Wendungen gegenüber dem von der Reichsregierung vertretenen Standpunkt, sich mit großer Wärme und Entschiedenheit zu Gunsten der berechtigten Forderungen auf dem Gebiete der Fleischbeschau aussprach. Der Herr Minister bezeichnete die Nothwendigkeit, daß jetzt noch eine gewisse Rücksicht gegen die fremde Fleischfabrikation geübt werden müsse, rundweg als ein Uebel und stellte es als das unvertäglich im Auge zu behaltende Ziel der Regierung hin, gegenüber der ausländischen Fleischfabrikation völlig durchschlagende Kontrollmaßregeln zu schaffen, die im ganzen Reichsgebiet durchzuführen seien. Die Ausführungen des Herrn Ministers fanden im Hause volles Verständnis und ein wiederholtes Bravo auf der rechten Seite. Die sächsischen Landwirthe erklärten sich dem Vertrauen in die Landesregierung, welche an ihrem Theile Alles anstreben, um den von ihr als richtig erkannten Grundgedanken in der Behandlung der fremden Fleischfabrikation auch im Reichsgebiet zu verankern. Die maßgebenden Berliner Stellen aber mögen aus den in Rede stehenden Verhandlungen erneut die Lehre schöpfen, daß die Vertreter der öffentlichen Gesundheitsinteressen und der nationalen Arbeit nicht gewillt sind, in der Frage der Fleischbeschau halbes Maßregeln zuzulassen oder gar, wie man münchelt, das es Absicht der Reichsregierung ist, den Entwurf aus „politischen“ Rücksichten lang- und langsam in der Kommission zu begraben.

Wenn wir von einer derartigen „Höflichkeit“ gegenüber dem amerikanischen auf Kosten der deutschen Gesundheit und Produktion wenigstens noch in wirtschaftlicher Hinsicht greifbare Vortheile zu erwarten hätten, so ließe sich allenfalls noch eine Erklärung für das Verhalten der Reichsregierung finden. Mit Recht wurde aber in der Debatte hervorgehoben, daß Deutschland bisher immer nur der weichen Seite, Amerika der wesentlich empfangende Theil gewesen ist. Amerika ist von uns mit unermüdlicher Geduld auf dem Fuße der Wohlwolligkeit behandelt worden; gegen uns dagegen hat sich Amerika mit thurmhoher Zollschranke abgeperert und die Annalen unseres Handelsverkehrs mit der transatlantischen Republik wissen auf keinem Blatte von einem freundschaftlichen entgegenkommenden Akte der Washingtoner Regierung zu berichten. Wo soll denn das hinaus? Wie entspricht es denn unserer nationalen Würde und unseren wirtschaftlichen Interessen, wenn man uns immer mit der stereotypen Redensart grollisch zu machen sucht: „Amerika ist uns über. Wir können Amerika nicht erdulden“? In Wirklichkeit ist das Verhältnis so, daß die Amerikaner 50 Millionen Mark an Waren mehr zu uns herüberbringen als sie von uns beziehen. Sie werden sich also schämen müssen, leichtfertig mit uns einen Zollkrieg anzufangen, sondern ganz gewiß als die Klügeren nachgeben, wenn sie sich erst einmal überzeugt haben, daß wir wirklich ernstere Seiten aufzudecken geübt haben.

Der Abg. Böhmert hat sich das patriotische Verdienst erworben, den sehr munden Punkt unserer gesamten Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten in wohlthuend energischer Form klarzulegen und das einzig wirksame Abhilfsmittel in Vorschlag zu bringen. Mit höchster Spannung umbrängten den Redner zahlreiche Gruppen von Abgeordneten, als er aus eigener Sach- und Sachkenntnis die ganz ungläubigen Dreifachheiten schilderte, die sich amerikanische Zoll- und Konsulatsbehörden gegen unsere Interaktionen herausnehmen. Die schändlichen Zollplakate haben einen derartigen Umfang angenommen, daß sie unseren ganzen Handel mit Amerika auf das Schwerste lähmen. Die hiesigen amerikanischen Konsulate üben unseren Industriellen im eigenen Lande gegenüber eine förmliche Tyrannei aus. Vergleichungszeugnisse über den Ursprung werden in solchem Umlange verlangt, daß ein theilweises Eindringen der Konsulate in die Fabrikationsgeheimnisse dabei unvermeidlich ist und außerdem schäufeln noch eine Menge amerikanischer Sendlinge in den Fabriken herum und suchen mit unläuterer Mittel sich unerlaubte Einblicke zu verschaffen. Unterwirft sich ein Fabrikant den rigorosen „Formalitäten“ nicht bedingungslos, so wird er auf Anzeig der Konsulatsbehörden auf die schwarze Liste gesetzt und einer Zollbehandlung unterworfen, die ihm eine Fortsetzung des Geschäfts fast unmöglich macht. In Berlin weiß man das natürlich auch; der unglückliche „angelsächsische“ Wind jedoch, der dort weht, ist einer scharfen Abwehr abträglich. Gleichwohl darf bei der intensiven Stärke, welche die Bewegung zum Schutze der nationalen Arbeit im ganzen Reichs angenommen hat, zuversichtlich erwartet werden, daß bei der Revision unserer Handelsverträge Amerika gegenüber der von dem Abg. Böhmert mit treffendem Witzwort proklamirte Grundlos zur Anwendung kommt: „Wurst wider Wurst!“

Berufschrift- und Berufsprech-Berichte vom 31. Januar.

Berlin, Reichstag. Die Verathung des Postetats wird fortgesetzt. Abg. Stöcker (bei seiner Fraktion) stellt fest, daß der „judaiterische“ Wind jedoch, der dort weht, ist einer scharfen Abwehr abträglich. Gleichwohl darf bei der intensiven Stärke, welche die Bewegung zum Schutze der nationalen Arbeit im ganzen Reichs angenommen hat, zuversichtlich erwartet werden, daß bei der Revision unserer Handelsverträge Amerika gegenüber der von dem Abg. Böhmert mit treffendem Witzwort proklamirte Grundlos zur Anwendung kommt: „Wurst wider Wurst!“

graphie der Postbeamten und auf Verringerung des sonstigen Postmaterialeinsatzes hinzuwirken. Staatssekretär v. Boddeke ist erwidert, die Sonntagsbefreiung sei schon weit vorgeschritten, aber aus Rücksicht auf die Erfordernisse des Verkehrs sei nicht alles im Interesse der Beamten Ermäßigungen zu erreichen. Die Heftigkeit der durch den Reichstagesantrag angeregten, ihre Sprache denjenigen des Bürgerlichen Gesetzbuches anzupassen. Direktor im Reichspostamt S. H. v. K. kündigt eine Bekanntmachung an, wonach fortan mehr Anstalten an eine und dieselbe Leitung zu billigeren Preisen gestattet sein sollen; die Herstellung dieser Nebenstellen solle auch an die Privatindustrie übertragen werden dürfen. Eine längere Debatte beantragt eine von der Kommission beantragte Resolution, den Reichstagesantrag zu erörtern, durch einen Nachtragsetz die Gehaltsstufen für Bureauassistenten und Oberpost- und Postassistenten von der zweiten bis zur vierten Stufe um je 100 Mk. höher zu normiren. Abg. Bielefeld (N. O.) beantragt, die betreffenden Beamten hätten gemäß früheren Beschläüssen des Reichstages bereits einen Rechtsanspruch auf die höheren Gehaltsstufen. Staatssekretär v. Boddeke ist bereit, mit der in Aussicht stehende gerichtliche Entscheidung abzuwarten; er habe sich sogar erboten, die Kosten für seine Beamten zu tragen. Die Verwaltung könne doch die Beträge nicht auszahlen, so lange der Bundesrath nicht zustimme. Die Zurückverweisung an die Kommission wird darauf abgelehnt und der Titel bewilligt; die Abstimmung über die Resolution wird bis zur dritten Lesung ausgesetzt. Im weiteren Verlauf der Debatte bezieht Staatssekretär v. Boddeke, daß seine Verwaltung an ihren Beamten spare für irgend welche anderen Interessen, und theilt ferner mit, daß für etatsmäßige Beamte 14. für nicht etatsmäßige 10 Tage Erholungsurlaub festgesetzt ist. Die Telephonstellen ständen sich noch immer besser, als Damen in vielen anderen Berufen. Er sei kein Freund von Gratifikationsbesuchen, doch sei nicht immer ganz ohne dasselbe auszukommen. Auch sei er gegen die Anwesenheit der Beamten in Dienstwohnungen. Das Ordinarium des Reichspostamts wird genehmigt. Morgen: Extraordinarium und Reichsbruderei.

Berlin. Beim Reichstage ist eine Interpellation der Polen gegen die Handhabung des Dolmetsch-Paragrafen des Gerichtsverfassungsgesetzes in den polnischen Landestheilen eingegangen. Die Kommission für die Vorbereitung des Gesetzentwurfs betreffend die Konsulargerichtsbarkeit nahm das Gesetz in der zweiten Lesung in der mit der Regierung vereinbarten Fassung an.

Berlin. Das Abgeordnetenhause nahm den Postetat an. Der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein-Vorster äußert sich entgegenkommend auf die Wünsche zur Förderung der bäuerlichen Fortwirtschaft, worauf ein darauf bezüglicher Antrag als gegenstandslos zurückgezogen wurde. Dr. Dahn verlangte die Deklarationspflicht für mit Quecksilber gegebenes Leder. Der Minister lehnte eine Mittheilung über die Stellungnahme Brunsens im Bundesrathe zur Quecksilberfrage als Regierungsinterim ab. Im Hofen. Die Papierfabrik von Kopsberg u. Co. hat den Betrieb wegen Kohlenmangels eingestellt.

Breslau. Hier sind 300 Telephonröhre zerfallen und zahlreiche Kollisionsfälle eingetreten. Der Telephonbetrieb dürfte streckenweise wochenlang ruhen.

* **Konst.** Der „Agenzia Stefani“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Die Italienerin Silvia Benelli wurde in die italienische Gesellschaft geführt und ihrem Vater übergeben.

* **Madrid.** An der Küste herrichten sichreckliche Stürme. Ein französisches Torpedoboot land und die gesamte Besatzung ertrank. Auch zahlreiche andere Schiffsunfälle fanden statt. Die Menschen sind umgekommen.

* **London.** Unterhaus. Reid erklärt, es sei Sache des Hauses, die Untersuchung über den Einfall Jameson's wieder aufzunehmen und zum Abschluß zu führen. (Unter Verstoß bei der Opposition.) Die früheren Verhandlungen des Untersuchungs-ausschusses seien ein Standal gewesen. Auf dem Festlande und in Transvaal bestreite der Verdacht, daß der Einfall unter Mitwirkung Chamberlain's erfolgt sei. Redner schlägt: Wir werden die Buren nie vernichten, außer zu einem fürchterlichen Preise für uns selbst. Wenn dies die Früchte des neuen Imperialismus sind, muß man solchen Geist austilgen, sonst wird dieser Geist uns vernichten.

* **London.** Unterhaus. Reid spricht Verdrüss: Das Amendement Fitzmaurice sei so gefaßt, daß es der Opposition ermöglicht sei, geschlossen dafür zu stimmen, obwohl ihre Mitglieder entgegengesetzte Ansichten hegen. Die Opposition sollte einen positiven Vorschlag anderer Politik machen. Das Land wolle, daß der Krieg kraftvoll durchgeführt werde. Die eigentliche Frage sei, ob England im Rechte sei, für die Beschwerden der Ausländer einzutreten. Kein Komitativer verteidigte Jameson's Zug. Der Vorwurf einer Verheimlichung der Untersuchung sei oft erhoben und oft widerlegt worden. (Zuruf der Fraktion: „Man verdamme Chamberlain's Briefe!“) Verdrüss fährt fort: Die Einbringung des Antrags Fitzmaurice bedeute eine direkte Ermuthigung der Buren. Das Land werde die gesteigerten Schwierigkeiten schwer empfinden, welche den englischen Soldaten durch die Handlungsweise Deere auferlegt werden, die für den Antrag stimmen. Hieraus wird die Verathung vertagt. In der Geschäftsordnungs-Debatte spricht Kennamery den Wunsch aus, die Verathung noch vor Schluß der Woche zu beenden. Vanneman bekämpft den Antrag von Deffour als dem Bruch gegenüber, nenngleich wünschenswerth, bezeichnet hatte.

* **London.** Die englischen Verluste bei der Klümmung des Thabamama sind schwer. Die Kranenräger waren den ganzen Tag über thätig, die Verwundeten vom Hügel fortzuschaffen. Der Feind besetzte mit kleinen Abtheilungen die geräumten Höhen. — Die „Times“ melden aus Jiddah vom 28. Januar: Die Nachricht von Buller's Misserfolg wurde mühsam aufgenommen. Der Feind kann ausbarren, die Gesundheitsverhältnisse sind besser.

* **Simmeren.** Alle britischen Unterthanen in Berlin sind von den Buren zum Kriegszustand herangezogen. Die Maßregel betrifft 300 Engländer.

Die heutige Berliner Börse verkehrte in fester Haltung. Im Vordergrund standen Kohlenaktien, für die von Wien aus ungewöhnliche Kaufordres vorlagen; auch die hiesige Spekulation war lebhafter. Aus Ubeland laufen Meldungen über Kohlennoth ein, die noch durch ungünstiges Wetter verschärft wird. Siberia 3. Parzelle 5 Proz. höher. Der Verkauf der österreichischen Kohlenarbeiter macht sich namentlich in Süddeutschland recht fühlbar. Kontakten auf günstige Abschlüsse fest. Uebelthätigkeiten behauptet, aber nicht. Renten geschäftlos, heimliche Fonds behauptet. Privatdiskont 3/4 Proz. — Spielkurs, Socos 700

7. und 8. Heft der „Dresdner Nachrichten“
 Preis 1 Mk. 70 Pfg.
 für Dresden und die Vororte Blasewitz, Plauen und Löbtau
 bei der Haupt-Geschäftsstelle, Marienstrasse 38, und allen
 Neben-Annahmestellen zum Preise von
1 Mk. 70 Pfg.,
 für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen
 Reichsgebiete zu 1 Mk. 84 Pfg., in Oesterreich-Ungarn zu
 1 Gulden 60 Kreuzern angenommen.